



Ist das handelbar?

Klimaschutz. Bis 2045 soll Deutschland treibhausgasneutral sein, fünf Jahre früher als der Rest der EU. Der dafür notwendige Wandel wird alle Branchen erfassen und den Arbeitsmarkt dauerhaft verändern. Um das Klimapaket umzusetzen, hat die Bundesregierung zusätzlich 8 Milliarden Euro in Aussicht gestellt. Ist die Klimawende mit den neuen Vorgaben der Regierung zu schaffen? Oder sind die neuen Ziele zu herausfordernd? Ja, das sind sie, findet IW-Geschäftsführer Hubertus Bardt. Nein, sie sind überfällig, sagt DIW-Klimaforscherin Claudia Kemfert. Beide legen ihre Positionen im Pro und Kontra dar.

—→ [Seiten 2-7](#)

Sozio-ökonomisches Wissen

Die deutsche Bevölkerung verschätzt sich bei Wirtschaftskennzahlen erheblich, im Ruhrgebiet liegen Realität und Wahrnehmung besonders weit auseinander.

—→ [Seiten 8-12](#)

Arbeitskräftepotenzial

Die Zahl der Erwerbspersonen wird in Deutschland künftig deutlich sinken. Ein Blick ins Ausland zeigt, wie sich das Arbeitsvolumen dennoch steigern ließe.

—→ [Seiten 13-15](#)

Es gibt viel zu tun

Klimaschutz. Die Bundesregierung hat neue Klimaschutzziele beschlossen, die für alle Wirtschaftsbereiche ambitioniertere CO₂-Emissionsminderungen vorsehen. Um die Klimaziele zu erreichen, sind umfangreiche Investitionen und ein massiver Ausbau der erneuerbaren Energien nötig.

Als das Bundesverfassungsgericht im April 2021 den Gesetzgeber verpflichtete, das nicht mal zwei Jahre alte Klimaschutzgesetz für die Zeit nach 2030 näher zu regeln, hat kaum jemand damit gerechnet, dass die Bundesregierung innerhalb weniger Wochen ein neues Gesetz präsentiert: Die Treibhausgasemissionen, die in Deutschland ausgestoßen werden dürfen, sind gegenüber den ursprünglich angesetzten Zielen nun noch einmal verringert worden (Grafik):

In der ersten Fassung des Klimaschutzgesetzes betrug der maximale CO₂-Ausstoß für das Jahr 2030 in Deutschland 563 Millionen

Tonnen, nun sind es 437 Millionen Tonnen.

Im Jahr 2040 dürfen nur noch höchstens 150 Millionen Tonnen Treibhausgase ausgestoßen werden und im Jahr 2045 nur noch so viel, wie an anderer Stelle durch Negativemissionstechnologien wie beispielsweise Aufforstung oder das Abfangen und Speichern von CO₂ aus der Luft ausgeglichen werden können. Damit peilt Deutschland die Treibhausgasneutralität fünf Jahre früher an als die Europäische Union, die 2050 klimaneutral sein will.

Klar ist, dass dieses Ziel erheblicher zusätzlicher Anstrengungen bedarf. Zwar hat Deutschland sein

Klimaziel für das Jahr 2020 erreicht: Statt der maximal zulässigen 751 Millionen Tonnen CO₂ wurden hierzulande zuletzt nur rund 739 Millionen Tonnen Treibhausgase emittiert. Doch 2020 war ein Ausnahmejahr – rund ein Drittel der deutschen Emissionsminderungen in diesem Jahr ging auf die Corona-Pandemie zurück. Weil weniger Auto und Bahn gefahren wurde, Flieger am Boden blieben und ungenutzte Gebäude und Industrieanlagen weniger Strom und Heizenergie verbrauchten, sanken die CO₂-Emissionen stärker als in den Vorjahren. Den größten Treibhausgasrückgang verzeichnete die Energiewirtschaft, die vor allem aufgrund der geringeren Kohleverstromung im Jahr 2020 rund 38 Millionen Tonnen CO₂ weniger ausstieß als 2019.

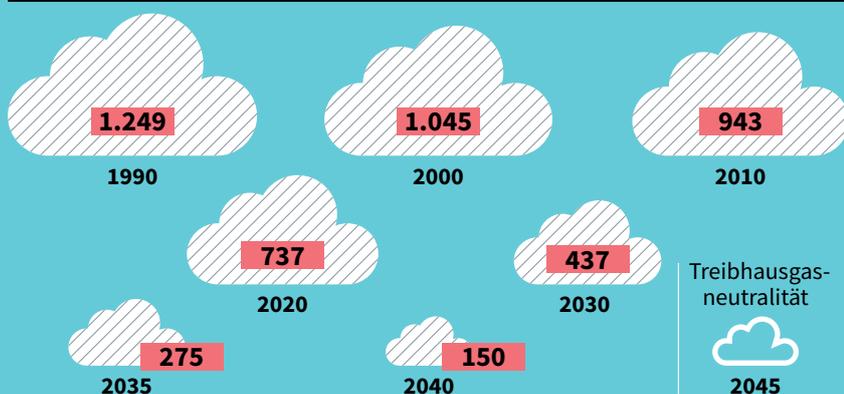
Doch was passiert, wenn die Menschen wieder alte Routinen aufnehmen und auch die Wirtschaft wieder hochfährt? Dann steigt auch der Energieverbrauch und damit automatisch der CO₂-Ausstoß. Vermeiden lässt sich dieser Mechanismus nur durch den Ausbau klimaschonender Technologien und durch Produkte auf Basis von erneuerbarem Strom.

Tatsächlich wird der Strom in Deutschland immer grüner (Grafik Seite 3):

Im Jahr 2020 hatten die erneuerbaren Energien bereits einen

Deutschlands Klimaziele

Treibhausgasemissionen in Millionen Tonnen



Treibhausgasneutralität: Die Treibhausgasemissionen, die im Jahr 2045 noch ausgestoßen werden, müssen an anderer Stelle ausgeglichen werden – z. B. durch CO₂-Abscheidung und -Speicherung oder Aufforstung

2030, 2035, 2040, 2045: Klimaziele der Bundesregierung

Quellen: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Umweltbundesamt
© 2021 IW Medien / iwd

Anteil von 46 Prozent am gesamten Bruttostromverbrauch.

Das war nicht nur doppelt so viel wie im Jahr 2012 – Deutschland hat damit auch sein Ziel von 35 Prozent für das Jahr 2020 deutlich übertroffen. Das Problem an dieser Bilanz: Der Netzausbau hinkt hinterher. Von den gut 1.800 Kilometern Höchstspannungsnetz, die für Deutschlands künftige Energieversorgung als notwendig erachtet werden, waren im dritten Quartal 2020 erst 994 Kilometer fertiggestellt.

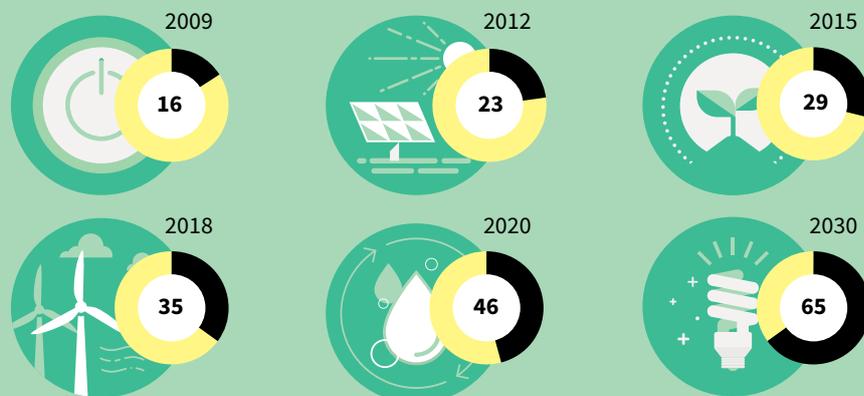
Bis 2030 soll der Ökostrom-Anteil in Deutschland auf 65 Prozent steigen. Um die neuen Klimaziele zu erfüllen, müsste der Anteil allerdings mehr als 70 Prozent betragen. So viel grüner Strom lässt sich nur erzeugen, wenn jetzt massiv Wind- und Solaranlagen gebaut werden. Bei der Windkraft lahmte der Ausbau allerdings schon seit einiger Zeit: Statt der geplanten knapp drei Gigawatt Zubau pro Jahr schaffte Deutschland im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre gerade mal 1,4 Gigawatt. Ursache dafür sind die langen komplexen Genehmigungsverfahren und die Einschränkung verfügbarer Flächen. Zudem regt sich vielerorts der Widerstand der Anwohner. Die Folge:

Im Durchschnitt vergehen von der Planung bis zur Inbetriebnahme eines neuen Windparks in Deutschland insgesamt etwa sechs Jahre.

Doch mit einer ausreichenden Menge an bezahlbarem grünen Strom allein ist es nicht getan. Die neuen Klimaziele verlangen von allen Wirtschaftsbereichen zusätzliche Emissionseinsparungen. Der Gebäudesektor, die Land- und Abfallwirtschaft, die Industrie, der Verkehrssektor und die Energiewirtschaft müssen nun mit geringeren CO₂-Budgets zurechtkommen als im alten Klimagesetz vorgesehen. Das

Strom: Fast die Hälfte ist grün

So viel Prozent des Bruttostromverbrauchs Deutschlands stammt aus erneuerbaren Energien



2030: Dieses Ausbauziel wird aufgrund der neuen Klimaziele der Bundesregierung noch angepasst werden

Quellen: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Umweltbundesamt
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

erfordert zeitnahe umfassende Investitionen, denn Abwarten kostet: Wer nicht zeitnah in den Klimaschutz investiert, trägt nicht nur dazu bei, dass die Erderwärmung weiter voranschreitet, sondern riskiert umfangreiche Einschränkungen und höhere CO₂-Vermeidungskosten.

CO₂-Vermeidungskosten bezeichnen zusätzliche Kosten, die bei der Einsparung von CO₂-Emissionen – zum Beispiel durch die Umstellung auf klimaschonende Prozesse – entstehen. Obwohl aktuell klimafreundliche Technologien beispielsweise im Gebäude-, Verkehrs- und Industriesektor häufig noch deutlich teurer sind als konventionelle Prozesse und Produkte, müssen schon jetzt umfangreiche Investitionen getätigt werden, sodass durch Skaleneffekte langfristige Kostensenkungen angeregt werden.

Ein Beispiel dazu: Der Preis von Elektrofahrzeugbatterien ist aufgrund der erzielten Skaleneffekte in der Batterieproduktion seit 2010 auf weniger als ein Siebtel der ursprünglichen Kosten gesunken. Diese Kostenreduktionen resultieren sowohl aus den gestiegenen Ver-

kaufszahlen als auch aus den getätigten Investitionen in die entsprechenden Technologien. Diese Entwicklung lässt sich auch bei Fahrzeugen beobachten – der Preis für E-Autos wird sich immer weiter an die Kaufpreise für konventionell angetriebene Fahrzeuge annähern, sodass die CO₂-Vermeidungskosten für Elektroautos sukzessive sinken werden.

Nicht zuletzt bilden zielgerichtete Investitionen, die dem Klimaschutz dienen, die Grundlage für wettbewerbsfähige grüne Technologien – und ermöglichen auf dem Weltmarkt agierenden Unternehmen, sich frühzeitig künftige Absatzmärkte für klimafreundliche Güter zu sichern.

Einen Teil der Klimaschutzausgaben wird der Staat finanzieren: So hat die Bundesregierung angekündigt, 8 Milliarden Euro im Rahmen des Pakets „Sofortprogramm 2022“ beizusteuern.

IW-Kurzbericht 32/2021

Andreas Fischer, Sarah Fluchs:
Investitionen in den Klimaschutz –
Die Kosten des Wartens

iwkoeln.de/klimaschutzinvestitionen

Sind die deutschen Klimaziele zu herausfordernd?

„Ja“,



sagt **Hubertus Bardt**, Geschäftsführer und Leiter Wissenschaft am Institut der deutschen Wirtschaft.

Die neuen Klimaziele sind zu herausfordernd – zumindest dann, wenn nicht schnell die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass industriell basierte Wohlstandsmehrung und Klimaneutralität zusammen gelingen können.

Der Anspruch, in den nächsten Jahrzehnten klimaneutral zu werden, stellt Wirtschaft und Gesellschaft vor kaum zu unterschätzende Herausforderungen. Um die Treibhausgasemissionen vollständig zu verbannen, reicht eine graduelle Effizienzsteigerung nicht aus. Vielmehr müssen ganze Produktionsprozesse neu aufgebaut und Produkte grundlegend verändert werden. In der Autoindustrie lässt sich beobachten, wie elektrisches Fahren immer bedeutender wird. Die Industrie investiert Milliarden in neue Technologien und Produktionsanlagen.

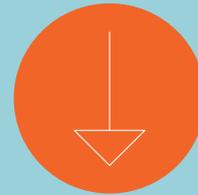
Schwieriger ist die Lage in der Grundstoffproduktion, wo viel Energie benötigt und Emissionen verursacht werden. Die Alternativen liegen hier beispielsweise in einer Umstellung der Energieversorgung: Die Chemieindustrie könnte ihre Produktion auf grünen Strom und die Stahlbranche auf grünen Wasserstoff umstellen, um nur zwei Beispiele zu nennen. Das Problem ist: Hierfür sind erhebliche Investitionen erforderlich, zudem fallen auch höhere laufende Kosten an. Beides ist bis auf Weiteres am Markt nicht zu finanzieren, da die Belastungen für die Produktion der gleichen Güter in anderen Ländern viel geringer sind. Neben klaren und verlässlichen Fördermöglichkeiten bedarf es neuer oder verbesserter Infrastrukturen für Wasserstoff und Ökostrom sowie ein ausreichendes Angebot an Energieträgern. Der Wasserstoffbedarf wird sich vervielfachen; allein die

Chemie rechnet mit einem Bedarf an günstigem grünen Strom, der höher ist als die derzeitige gesamte Stromproduktion Deutschlands.

Wenn Deutschland sogar fünf Jahre früher klimaneutral sein will als die Europäische Union insgesamt, wird die Aufgabe noch einmal größer. Das Umweltbundesamt hat vor zwei Jahren ein Szenario berechnet, das den Vorgaben des neuen Klimaschutzgesetzes recht nahekommt. Dieses Szenario war aber verbunden mit kleineren Wohnungen, weniger Fleischkonsum und der Begrenzung von Fernreisen. Für die Wirtschaft wurde unterstellt, dass die Exportorientierung zurückgenommen und damit das bestehende Erfolgsmodell infrage gestellt wird. Vor allem aber setzt das Szenario ab 2030 ein Nullwachstum voraus. Dauerhafte Stagnation kann aber keine befriedigende Antwort sein, denn so lässt sich die Herausforderung der Klimaneutralität nicht bewältigen: In einer solchen Situation fehlen beispielsweise Raum und Anreize für Innovationen, die doch für die klimafreundliche Transformation dringend benötigt werden.

Wenn es nicht gelingt, eine klare Perspektive für die besonders geforderten Branchen zu entwickeln, drohen ein schleichender Niedergang und ein nachhaltiger Verlust an Standortattraktivität – ohne dass damit dem Klima geholfen wäre. Hier ist der Staat gefordert, der sich bisher vor allem mit Zielen und Vorgaben hervortut. Der deutsche Beitrag zum Klimaschutz kann hoch sein, wenn Klimaverträglichkeit und Industrie zusammen funktionieren. Wenn dies nicht gelingt, wird dem Wohlstand im Land, aber auch dem internationalen Klimaschutz ein Bärendienst erwiesen.

„Nein“,



sagt **Claudia Kemfert**, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Die deutschen Klimaziele sind nicht zu herausfordernd, sie sind überfällig! Dass die Bundesregierung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Ziele nunmehr angepasst hat, ist ein Fortschritt, aber leider immer noch nicht genug. Zwar entsprechen die deutschen Ziele jetzt den vereinbarten EU-Klimazielen, aber bringen uns noch nicht auf den Pfad, der 2015 im Pariser Abkommen vereinbart wurde. Der Weg ist sowieso kein leichter. Die Transformation zu einer klimagerechten Wirtschaft braucht Ausdauer und Disziplin.

Immerhin setzt sich langsam die Erkenntnis durch, dass es ein begrenztes CO₂-Budget gibt, das Deutschland maximal noch zur Verfügung hat, wenn wir die Erderwärmung begrenzen wollen. Für 1,75 Grad Erderwärmung mehr wären das noch 6,7 Milliarden Tonnen CO₂. Würde Deutschland sich am 1,5-Grad-Ziel orientieren, wofür es gute wissenschaftliche Gründe gibt, läge das verbleibende Budget bei nur 4,2 Milliarden Tonnen CO₂. Dieses Restbudget haben wir im Rahmen eines Gutachtens des Sachverständigenrates für Umweltfragen ermittelt, es gilt ab 2020 und schrumpft quasi täglich. Wenn wir so weitermachen wie bisher, ist das Budget in spätestens sieben Jahren aufgebraucht. Im Klartext: „Party bis 2027“ bedeutet „krasser Kater ab 2028“. Für jede Verzögerung jetzt müssen wir später umso radikalere Klimaschutzmaßnahmen ergreifen. Und umgekehrt: Je schneller wir die Emissionen senken, desto mehr Zeit haben wir nach hinten raus.

Aber mit Zielen allein macht man keinen Klimaschutz. Es fehlen nach wie vor die erforderlichen Maßnahmen: Die erneuerbaren Energien müssen viel schneller ausgebaut werden, heißt: Genehmigungsverfahren müssen erleichtert, finanzielle Beteiligungsmodelle erweitert, Marktbarri-

eren abgebaut und die Bürgerenergie gestärkt werden. Ganz konkret: Wir benötigen einen jährlichen Zubau von 10 Gigawatt Wind- und 20 Gigawatt Solarenergie, somit mindestens eine Vervierfachung der derzeitigen Ausbauraten, um den steigenden Stromverbrauch abzudecken.

Die Bundesregierung steht aber beim Ausbau komplett auf der Bremse und ignoriert den steigenden Stromverbrauch. So laufen wir sehenden Auges in eine Ökostromlücke und sitzen irgendwann im Dunkeln, wenn wir nicht die Pariser Verträge brechen wollen.

Ohnehin muss gleichzeitig alles dafür getan werden, um Energie einzusparen: Wir brauchen eine energetische Gebäudesanierung, Energieeffizienzprogramme in der Industrie und eine konsequente Förderung von Schienenverkehr und Elektromobilität.

Der neue US-Präsident macht derzeit eindrucksvoll vor, wie kluger Klimaschutz mit Investitionen und der Erschließung von Zukunftsmärkten gelingen kann. Die Wissenschaft erklärt es seit Jahren: Klimaschutz schafft enorme wirtschaftliche Chancen, Innovationen, Wertschöpfung und zukunftsfähige Jobs. Genau darauf kommt es jetzt an.

Noch steht Deutschland im Stau: im Modernisierungs- und im Investitionsstau. Für den Ausbau von Digitalisierung und Infrastruktur brauchen wir deutlich mehr Entschlossenheit. Die neue Zielvereinbarung der Bundesregierung ist hoffentlich der ultimative Startschuss in eine andere Klima-Zukunft. Wir können drei Krisen mit einer Klappe schlagen: die Energiekrise durch Stärkung der Resilienz und Versorgungssicherheit, die Wirtschaftskrise durch Investitionen in Zukunftsmärkte und die Klimakrise durch sinkende Emissionen. Eine Win-win-win-Situation. Worauf warten wir noch? Let's do it!

Grüner Jobmotor?

Arbeitsmarkt. Nachhaltige und umweltschonende Technologien liegen weltweit im Trend und kommen in immer mehr Branchen zum Einsatz. Das lässt nicht nur den CO₂-Ausstoß in Relation zur Wirtschaftsleistung sinken, sondern führt auch zu einem langfristigen Strukturwandel auf dem Arbeitsmarkt.

„Made in Germany“: Der deutsche Herkunftsnachweis gilt international als Gütesiegel, Produkte aus der Bundesrepublik genießen weltweit hohes Ansehen. Sei es die Metall- und Elektro-Industrie mit Zweigen wie dem Maschinen- und Automobilbau, die Chemie oder die Nahrungsmittelproduktion – Deutschlands wirtschaftlicher Erfolg fußt zu einem wesentlichen Teil auf seiner starken und exportorientierten Industrie, fast ein Fünftel aller Arbeitnehmer hierzulande ist im Verarbeitenden Gewerbe tätig.

Zu diesem Wirtschaftszweig gehört nicht nur die Herstellung von

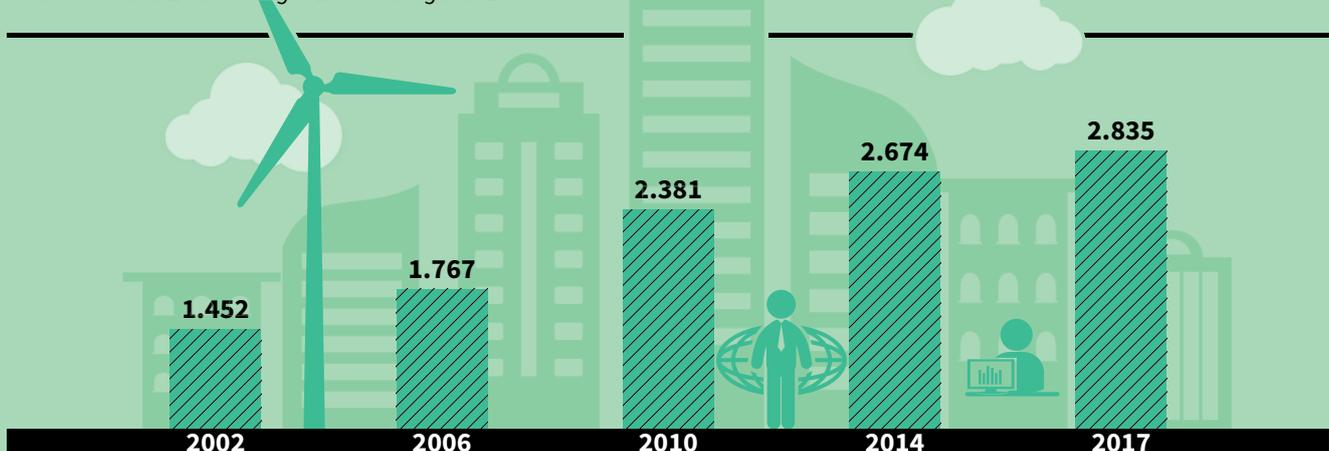
Autos, Fräsmaschinen und allerlei Konsumgütern, sondern auch die Fertigung von Umweltschutzgütern. In diese Kategorie fallen sämtliche Produkte, die für Umweltschutzzwecke eingesetzt werden können – zum Beispiel Anlagen und Komponenten zur Erzeugung erneuerbarer Energien oder Bauteile zur Luft- und Wasserreinigung wie Katalysatoren und Filtersysteme. Im Jahr 2017 betrug der Wert der von deutschen Unternehmen produzierten Umweltschutzgüter bereits 86,8 Milliarden Euro – das waren gut 6 Prozent der gesamten deutschen Industrieproduktion.

Laut Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) rechnen Greentech-Unternehmen in Deutschland allein von 2020 bis 2025 mit einem jahresdurchschnittlichen Umsatzwachstum von fast 10 Prozent. Der weltweit zunehmende Einsatz grüner Technologien in der Produktion macht sich auch bemerkbar, wenn man die CO₂-Emissionen der Länder in Relation zu ihrer Wirtschaftsleistung setzt. Es zeigt sich, dass die Weltwirtschaft immer umweltfreundlicher wird (Grafik Seite 7):

Zwischen 1991 und 2016 ist der weltweite CO₂-Ausstoß, der mit

Immer mehr Umweltberufe

Im Umweltschutz beschäftigte Bundesbürger in 1.000



2017: vorläufige Angaben
Quelle: Umweltbundesamt
© 2021 IW Medien / iwd

jedem Dollar Wirtschaftsleistung verbunden war, um fast 30 Prozent gesunken.

In Deutschland war der Rückgang sogar noch stärker. Die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt reduzierte den Ausstoß je erwirtschafteten Dollar in diesem Zeitraum um fast die Hälfte auf 0,19 Kilogramm. Damit verursacht die Bundesrepublik relativ zur Wirtschaftsleistung wesentlich weniger Treibhausgase als beispielsweise China (1 Kilogramm), Indien (0,97 Kilogramm) oder die USA (0,29 Kilogramm).

Der Weg zum emissionsneutralen Wirtschaftswachstum – also der Entkopplung von Wachstum und Emissionen – ist allerdings noch lang. Weltweit müssen Ressourcen dazu effizienter eingesetzt werden, zudem braucht es noch mehr klimaschonende Technologien.

Als ein wichtiger Treiber dieser Zukunft gelten in Deutschland zum Beispiel Elektrofahrzeuge und die dafür erforderlichen Ladesäulen, aber auch grüne Technologien zur effizienteren Wassernutzung im gewerblichen und industriellen Bereich liegen zunehmend im Trend. Erfreulicher Zusatzeffekt: Der Fokus auf Greentech schafft ganz nebenbei neue Arbeitsplätze. Das zeigt der Blick auf die Beschäftigungszahlen (Grafik Seite 6):

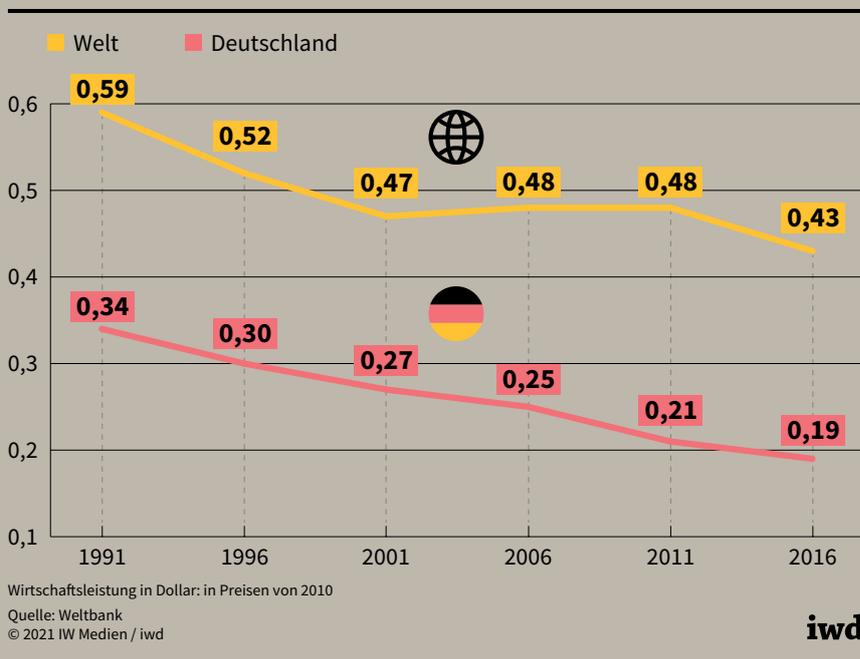
Die Zahl der Beschäftigten in Berufen mit Umweltschutzbezug hat sich von 2002 bis 2017 fast verdoppelt.

Mit rund 2,8 Millionen Arbeitsplätzen war 2017 damit bereits rund jeder fünfzehnte Job in Deutschland im Bereich des Umweltschutzes angesiedelt – Tendenz steigend.

Insgesamt wird der Klimaschutz den Arbeitsmarkt umfangreich verändern – allerdings nicht nur positiv. Durch den grünen Strukturwandel werden dauerhaft zahlreiche Jobs in etablierten Branchen wegfal-

Weltwirtschaft zunehmend klimaschonend

So viele Kilogramm CO₂ wurden ausgestoßen, um einen Dollar zu erwirtschaften



len, beispielsweise in der Automobilindustrie. Der Boom der E-Mobilität in Deutschland (siehe iwd 9/2021) führt zur sinkenden Produktion von Verbrennungsmotoren – Beschäftigte, deren Expertise in diesem Bereich liegt, werden dementsprechend gegebenenfalls ihren Job verlieren.

Die E-Mobilität bringt auf der anderen Seite aber auch neue Arbeitsplätze mit sich: Aktuell beziehen die deutschen Autobauer beispielsweise die für die Elektroantriebe nötigen Batteriezellen größtenteils von asiatischen Produzenten – durch den Aufbau inländischer Fertigungsfabriken könnten zusätzliche Jobs geschaffen werden. Volkswagen hat bereits angekündigt, bis zum Ende des Jahrzehnts gemeinsam mit seinen Partnern sechs große Batteriezellen-Fabriken in Europa errichten zu wollen.

Zudem entstehen auch neue Aufgabenbereiche, mit denen sich die von Unternehmen gesuchten Qualifikationen der Arbeitnehmer verändern. Zwar wird es einige

Facharbeiterjobs in Zukunft nicht mehr geben, wenn Mitarbeiter bereits jetzt aber entsprechend geschult und weitergebildet werden, können Jobverluste zum Teil aufgefangen werden.

Die steigende Nachfrage nach neuen grünen Technologien birgt darüber hinaus weitere Beschäftigungspotenziale. Beispiel Wasserstoff: In einer Studie von 2018 berechnete das Institut der deutschen Wirtschaft, dass in den vielen möglichen Anwendungsbereichen dieses klimafreundlichen Energieträgers – etwa in der Produktion von Maschinen und Anlagen für die Herstellung synthetischer Treibstoffe auf Wasserstoffbasis – fast 500.000 neue Arbeitsplätze entstehen könnten.

In Zukunft wird Wasserstoff neben dem Einsatz in der Stahl- und der Chemieindustrie vor allem im Schiffs- und Flugverkehr gefragt sein, da elektrische Antriebe dort noch nicht die Anforderungen an Strecke und Betankungsdauer erfüllen können.

Mehr als nur knapp daneben

Sozio-ökonomisches Wissen. *Bei vielen wirtschaftspolitischen Themen neigen die Bundesbürger zu stark pessimistischen Fehleinschätzungen – besonders jene, die ihr Wissen vornehmlich über soziale Medien beziehen. Sie sind außerdem häufiger unzufrieden mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, und wählen eher populistisch.*

Wie viel Prozent der Menschen in Deutschland sind von Armut bedroht und wie viele sind arbeitslos? Mit insgesamt sechs Schätzfragen hat das Institut der deutschen Wirtschaft gemeinsam mit der Ruhr-Universität Bochum den Wissenstand bei sozio-ökonomischen Themen abgefragt – zum einen repräsentativ bei knapp 1.100 Personen deutschlandweit, zum anderen bei fast genauso vielen Bürgern aus dem Ruhrgebiet (siehe Seite 12); gefördert wird das Projekt von der Brost-Stiftung.

Das Ergebnis für Deutschland zeigt, dass die Bevölkerung zu erheblichen Fehleinschätzungen neigt – in vielen Fragen geht sie von einer deutlich schlechteren Lage aus, als es in Wirklichkeit der Fall ist.

Ein Beispiel liefert das Thema Armutsgefährdung. Hier betrachtet die Studie unter anderem den Median der Antworten, also die Antwort exakt in der Mitte der nach ihrer Größe gereihten Werte (Grafik):

Die Befragten glauben im Median, dass in Deutschland 30 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht sind. Laut Statistik sind es aber nur 16 Prozent.

Bei der Frage nach armutsgefährdeten Rentnern ist der Unterschied noch größer – hier liegt die Schätzung bei 50 Prozent, der tatsächliche Wert hingegen bei 17 Prozent.

Wie weit entsprechende Fehleinschätzungen reichen, zeigen zwei andere Werte: das erste und das dritte Quartil. Sie geben auf der einen Seite an, unter welchem Prozentwert das niedrigste Viertel der Antworten liegt, und auf der anderen Seite, über welchem Wert die wertmäßig höchsten 25 Prozent der Antworten liegen. Das bedeutet zum Beispiel:

Weniger als 25 Prozent der Befragten schätzten im Sommer 2020 die Arbeitslosenquote näherungsweise korrekt ein.

Zugleich glaubten 25 Prozent, dass mindestens 63 Prozent der in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürger arbeitslos sind – in Wirklichkeit waren es nur 16 Prozent.

Auch bei zwei weiteren Fragen, in denen es um die Entwicklung der Kriminalität und der CO₂-Emissionen ging, schätzte eine Mehrheit der Befragten, dass die Situation in

den vergangenen Jahren bestenfalls gleichgeblieben ist. Nur eine Minderheit gab – korrekterweise – an, dass sowohl die Kriminalitätsrate als auch die Emissionen in den letzten Jahren gesunken sind.

Bei diesem verzerrten Blick auf die Lebenswirklichkeit überrascht besonders ein anderer Studienbefund:

Die starken Fehleinschätzungen liefern keine Erklärung dafür, wie zufrieden die Befragten mit ihrem eigenen Leben sind.

Wenn unterschiedliche Bildungsniveaus und Sorgen um die eigene finanzielle Situation herausgerechnet werden, spielt es für die subjektive Lebenszufriedenheit keine Rolle, ob die Studienteilnehmer von 5 oder 35 Prozent Arbeitslosen ausgehen. Anderes gilt mit Blick auf die Demokratie:

Jene Befragten, die Arbeitslosigkeit, Armutsgefährdung und weitere Faktoren besonders stark falsch einschätzen, sind signifikant unzufriedener mit der Demokratie und dem sozialen Sicherungssystem.

Diese sich potenziell gegenseitig verstärkenden Zusammenhänge können den sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt belasten.

Ein probates Gegenmittel sind umfassende, ausgewogene Informationen. Doch die erreichen offenbar längst nicht alle Bundesbürger:

Nur gut 8 Prozent der Befragten beantworteten vier oder mehr der sechs Schätzfragen innerhalb einer Fehlertoleranz von plus/minus 5 Prozentpunkten korrekt.

Es zeigt sich aber auch, dass diejenigen besser abschneiden, die ihre politischen Informationen über klassische Medien beziehen:

Bei jenen Bundesbürgern, die eher soziale Medien zur Informationsbeschaffung nutzen, haben 37 Prozent keine einzige der Schätzfragen – mit entsprechender Fehlertoleranz – richtig beantwortet; bei jenen, die sich vorwiegend über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk informieren, galt dies hingegen nur für 23 Prozent.

Obwohl sich aus diesen Befunden keine kausalen Beziehungen ableiten lassen, sind die Ergebnisse politisch relevant. Denn sie zeigen bei näherer Betrachtung, dass die

pessimistischen Fehleinschätzungen bei Anhängern der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) besonders stark ausgeprägt sind. Diese vermuten vor allem bei der Altersarmut sowie bei der Arbeitslosigkeit unter Ausländern wesentlich höhere Quoten als Sympathisanten anderer Parteien. Und auch beim Thema Kriminalität haben sie eine deutlich pessimistischere Einschätzung:

Rund 45 Prozent der AfD-Anhänger sagen, dass die Kriminalität in den letzten Jahren stark gestiegen ist – gegenüber 14,5 Prozent der übrigen Befragten.

AfD-Anhänger nutzen zu mehr als 41 Prozent besonders die sozialen Medien zur politischen Information, in der sonstigen Bevölkerung sind es lediglich 24 Prozent.

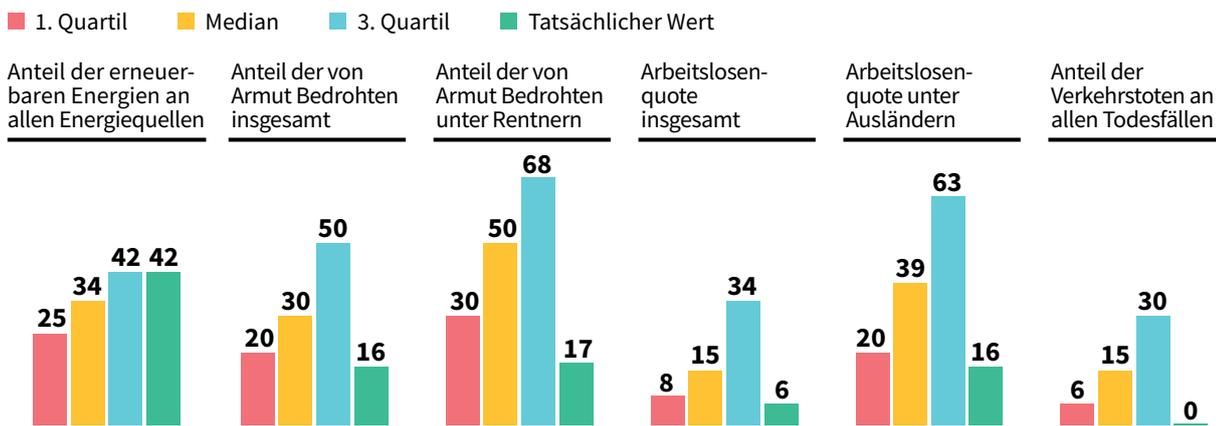
Die Studienergebnisse liefern also Argumente für alle, die sozio-ökonomische Bildung systematisch im schulischen Fächerkanon verankern wollen. Zudem zeigen sie, wie wichtig es ist, dass in der Schule, aber auch bei Erwachsenen die sogenannte digitale Souveränität massiv gefördert wird: Alle Bundesbürger müssen lernen, digitale Informationsquellen zu überprüfen und einzuordnen.

Aus IW-Trends 2/2021

Judith Niehues, Ruth Maria Schüler, Jana Tissen:
 Selektiver Medienkonsum und sozio-ökonomisches Unwissen – Ein Katalysator für Unzufriedenheit?
iwkoeln.de/medienkonsum

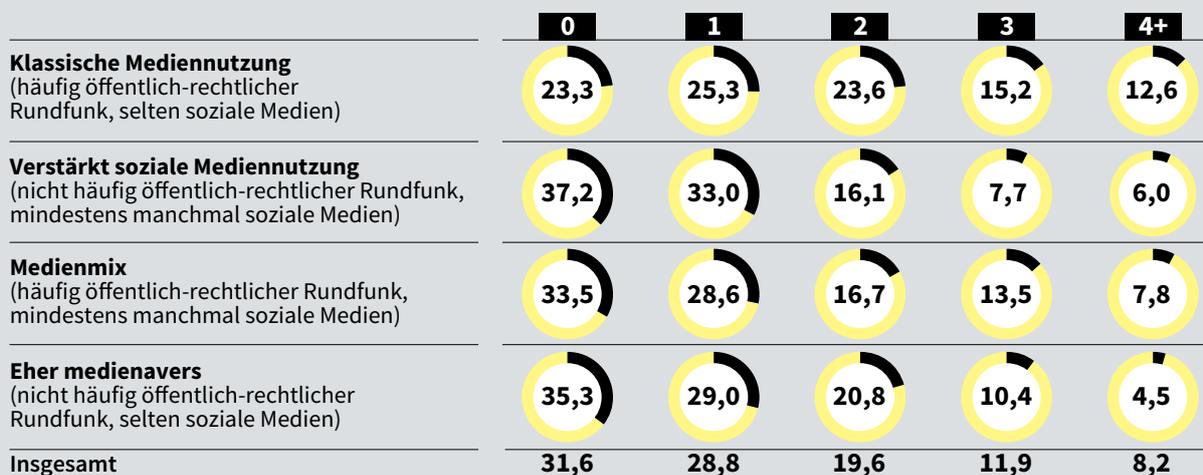
Sozio-ökonomische Kennzahlen: Wenig Wissen in der Bevölkerung

Von den Befragten geschätzter Wert in Prozent



Tatsächliche Werte: Datenstand Ende 2019, außer Arbeitslosenquoten (Datenstand August 2020)
 Von Armut bedroht: Personen, die mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung auskommen müssen
 Median: Wert genau in der Mitte der nach ihrer Größe gereihten Befragungsergebnisse
 1. Quartil: Ein Viertel der Befragten gab einen Wert kleiner als diesen Wert an; 3. Quartil: Ein Viertel der Befragten gab einen Wert größer als diesen Wert an
 Anteil der Verkehrstoten an allen Todesfällen: Tatsächlicher Wert von 0,3 ergibt abgerundet 0

So viel Prozent der Befragten mit diesem Mediennutzungsprofil beantworteten so viele der sechs Schätzfragen mit einer Fehlertoleranz von plus/minus 5 Prozentpunkten korrekt



Befragung von 1.099 Personen im August und September 2020
 Quellen: Ruhr-Universität Bochum, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2021 IW Medien / iwd

Interview. Die IW-Wissenschaftler **Judith Niehues** und **Matthias Diermeier** haben herausgefunden, dass bei sozio-ökonomischen Kennzahlen in der Bevölkerung großes Unwissen herrscht. Woran das liegt, wie Abhilfe geschaffen werden könnte und warum nicht alles so schlimm ist, wie es scheint, erklären die beiden Ökonomen im iwd-Interview.

„Zu jedem Zeitpunkt kann ein Mensch in eine Blase abdriften“

Herr Diermeier, sind Sie in sozialen Medien aktiv?

Diermeier: Ich nutze Twitter als Informationsquelle, weil ich da einen breiteren Blick auf Themen bekomme. Ansonsten verwende ich WhatsApp und Telegram für die private Konversation. Ganz selten schaue ich auf Telegram in die Gruppen – für den Blick über den Tellerrand. Das ist teils schon hanebüchen, was dort gepostet wird.

Die Ergebnisse Ihrer Studie legen nahe, dass Menschen, die sich vor allem über soziale Medien informieren, ökonomische Fakten und Entwicklungen besonders häufig falsch einschätzen. Wie lässt sich dieser Zusammenhang begründen?

Niehues: Ganz wichtig ist, dass wir keinen kausalen Zusammenhang herstellen können. Beide Wirkrichtungen sind plausibel: Menschen mit einer bestimmten Wahrnehmung suchen sich passende Kanäle. Umgekehrt basieren die Netzwerke auf Algorithmen, die diese – vielleicht falsche – Wahrnehmung verstärken.

Diermeier: Generell ist der Diskurs in den sozialen Netzwerken heftiger und konfrontativer als in den klassischen Medien. Dadurch empfinde ich als Nutzer – leider – viel seltener eine kognitive Dissonanz und lasse mich seltener auf eine abweichende Meinung ein.

Wie lässt sich erklären, warum die Menschen bei den Schätzfragen in Ihrer Studie so danebenlagen?

Niehues: Generell gilt bei Befragungen: Wenn der tatsächliche Wert eine eher kleine Zahl ist, wird er leicht überschätzt, da Menschen in Befragungen tendenziell in Richtung Mitte der möglichen Werte antworten. Hinzu kommt, dass Befragte die Zahlen eher in eine pessimistische Richtung überschätzen, wenn sie sich große Sorgen

um das zugrunde liegende Thema machen. Allerdings ist auch hier die Wirkrichtung nicht eindeutig: Große Sorgen können hohe Schätzwerte verursachen. Aber Leute können auch hohe Werte vermuten und sich deshalb größere Sorgen machen.

Sie sprechen sich für eine systematische sozio-ökonomische Bildung aus. Wie soll die aussehen?

Diermeier: Es muss immer darum gehen, dass Schülerinnen und Schüler lernen, die Komplexität einer Problemlage zu erfassen. Und dann müssen sie mit allen Informationen geordnet umgehen, die Informationen beispielsweise nach ihrer Qualität bewerten lernen. Denn auch im viel gescholtenen Internet ist ja nicht alles ein wahrheitsfreier Einheitsbrei – da gibt es jede Menge verifizierte, wissenschaftlich fundierte Informationen.

Letztlich muss der Nachwuchs befähigt werden, die unterschiedlichen Akteure im Internet zu decodieren, aber auch Studien und Meinungen zu hinterfragen.

Niehues: Digitale Souveränität ist bei Erwachsenen aber natürlich genauso wichtig.

Welche Maßnahmen wären aus Ihrer Sicht geboten, um diese „digitale Souveränität“ zu fördern?

Diermeier: Das muss ein Leben lang immer wieder eingeübt werden. Denn zu jedem Zeitpunkt im Leben kann ein Mensch in eine Blase abdriften. Um es konkret zu machen: Will ich mit einer Information durchdringen, sollte ich meinen Standpunkt immer bestmöglich differenzieren. Diesen Weg gehen wir bei der interaktiven Beteiligungsplattform, die wir in einem von der Brost-Stiftung geförderten Projekt entwickelt haben (checkpott-ruhr.de): Da können die Leute zunächst selbst



Fotos: IWMedien

Kennzahlen schätzen. Dann zeigen wir, wie andere Befragte die Lage eingeschätzt haben, und bieten Informationen an, die hoffentlich zum Nach- und gegebenenfalls sogar Umdenken anregen.

Niehues: Bei jenen, die bereits in einer Meinungsblase sind, wird sich eine falsche Wahrnehmung sicherlich nicht einfach durch eine belehrende Konfrontation mit den Fakten verändern. Indem man differenzierende Quellen zur Verfügung stellt, können Menschen selbst Aussagen auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüfen.

Sie sagen: Die Sachlage muss unbedingt differenziert dargestellt werden. Aber scheitern daran oft nicht schon die klassischen Medien?

Diermeier: Klar, Medien wollen eine Geschichte erzählen, nicht nur trocken berichten – und das ist auch gut so. Aber auf den klassischen Kanälen gibt es durchaus Pluralismus, viel ausgewogene Berichterstattung.

Niehues: Und auch in den sozialen Medien wird mittlerweile oft auf weiterführende Quellen verwiesen und unwahre Posts werden markiert oder entfernt.

Diermeier: Es ist viel schlimmer, wenn Leute privat eine unwahre Information weiterleiten. Diese „Fake News“ wieder einzufangen, ist deutlich schwieriger als auf irgendeinem öffentlich zugänglichen Medienkanal.

Die Konsumenten klassischer Medien lagen bei den Schätzfragen für Ihre Studie ebenfalls ziemlich daneben. Da könnte man schon fragen, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinem Bildungsauftrag noch nachkommt ...

Niehues: Es ist ja Aufgabe des Journalismus, kritisch zu berichten, also gerade in die Themenbereiche reinzu-

leuchten, in denen Probleme bestehen. Wenn sehr häufig über ein Thema berichtet wird, kann natürlich der Eindruck entstehen, dass die Problemlagen größer sind, als es in Wirklichkeit der Fall ist.

Diermeier: Aber gerade in jüngster Zeit gab es einige Bücher, die sehr erfolgreich gegen dieses „Alles wird immer schlimmer!“ angeschrieben haben. Zum Beispiel der Bestseller „Factfulness“ von Hans Rosling.

Inwiefern erreicht so ein Buch dann aber die, die es erreichen müsste?

Diermeier: Positive Narrative brauchen sicherlich Zeit, bis sie ihre Wirkung entfalten. Unsere Ergebnisse stimmen uns aber durchaus positiv: Wir haben ja einmal auf Deutschland insgesamt und zusätzlich speziell aufs Ruhrgebiet geschaut (siehe Seiten 8–9 sowie 12). Dort ist die Einschätzung bei vielen Themen besonders negativ. Da könnte man denken: Im Ruhrpott hat man besonders viele Menschen verloren. Aber anders als beispielsweise im Rust Belt in den USA stimmt das nicht. Noch immer existiert im Ruhrgebiet ein starkes Demokratiegefühl.

Niehues: Ein Grund dafür könnte sein, dass die Menschen dort überdurchschnittlich häufig lokale Medien nutzen. Das stiftet Identität. Das gilt zudem für die Lokalpolitik, wenn sich die Bürger beispielsweise über das neu gewählte Ruhrparlament kommunal repräsentiert wissen. Hinzu kommt, dass die Folgen des Strukturwandels mit sehr viel staatlichem Geld abgemildert wurden und noch immer werden. Daraus ist eine gute digitale Infrastruktur entstanden, es gibt Unternehmensgründungen und eine renommierte Hochschullandschaft. Das macht Hoffnung für die Zukunft.

Auffällig unauffällig

Demokratiezufriedenheit. Einwohner des Ruhrgebiets schätzen zentrale gesellschaftliche Kennzahlen noch pessimistischer ein als die deutsche Bevölkerung insgesamt. Dem Vertrauen in die Demokratie schadet das allerdings nicht, was auch an den im Ruhrpott sehr präsenten Lokalmedien liegen dürfte.

Das Ruhrgebiet und der Strukturwandel – oft wird beides in einem Atemzug genannt. Tatsächlich setzt der Strukturwandel den Bewohnern von Duisburg, Essen oder Gelsenkirchen noch immer zu und beeinflusst ihre Wahrnehmung der gesellschaftlichen Situation insgesamt.

Das bestätigt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft, für die es – zusammen mit der Ruhr-Universität Bochum und gefördert durch die Brost-Stiftung – Einwohner des Ruhrgebiets zum Wissensstand bei sozio-ökonomischen Themen, zur Mediennutzung und zum Demokratievertrauen befragt hat.

Demnach schätzen die Bewohner des Ruhrgebiets die wirtschaftspolitischen Kennzahlen im Durchschnitt noch pessimistischer ein, als es Deutschlands Einwohner ohnehin schon tun (siehe Seiten 8–9):

Die Bewohner des Ruhrgebiets glauben im Durchschnitt, dass die Arbeitslosenquote 29 Prozent beträgt. Die deutschlandweit Befragten gehen dagegen von „nur“ 23 Prozent aus – dabei waren selbst im Corona-Sommer 2020 lediglich 6 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung ohne Job.

Da verwundert es nicht, dass die Bewohner im Ruhrgebiet einerseits in verschiedenen Kategorien wie Zuwanderung oder Kriminalität besorgter sind als die Bürger im übrigen Land und andererseits den Mitmenschen weniger stark vertrauen und stärker an deren Zuverlässigkeit zweifeln.

Dennoch ist die Demokratiezufriedenheit im Ruhrgebiet laut IW-Studie „auffällig unauffällig“ – die Einwohner sind nur minimal unzufriedener als in Deutschland insgesamt und der Unterschied ist nicht mal statistisch signifikant.

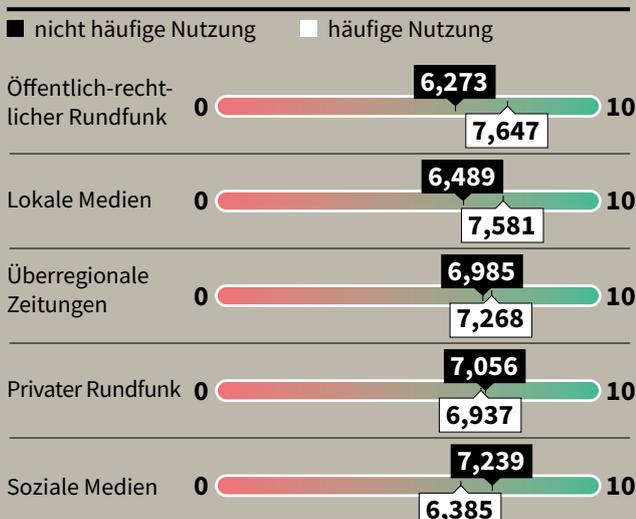
Ein Grund dafür könnte sein, dass lokale Medien in den Ruhr-Kommunen noch immer eine zentrale Rolle spielen – der entsprechende Medienkonsum ist laut verschiedener Studien höher als andernorts. Und da der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die lokalen Medien eine lokale Öffentlichkeit schaffen, werden sie zu wichtigen demokratischen Akteuren. Als solche können sie möglicherweise die Demokratiezufriedenheit stabilisieren – die Befragungsergebnisse legen dies jedenfalls nahe (Grafik):

Jene Bewohner des Ruhrgebiets, die häufig klassische Medien – also den öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder lokale Medien – nutzen, sind signifikant zufriedener mit der Demokratie als jene, die sich vor allem über soziale Medien und den privaten Rundfunk informieren.

Auch politisch könnte sich im Ruhrgebiet ein neues Wirgefühl verfestigen – spätestens seit der Direktwahl des Ruhrparlaments im Jahr 2020, das als Forum aller Städte und Kreise der Region fungiert.

Ruhrgebiet: Klassische Mediennutzer sind mit der Demokratie zufriedener

Durchschnittliche Antwort der Bewohner des Ruhrgebiets mit diesem Mediennutzungsverhalten auf einer Skala von 0 bis 10 auf die Frage „Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“



Befragung von 1.017 Bewohnern des Ruhrgebiets;
Skala: 0 = ganz und gar unzufrieden, 10 = ganz und gar zufrieden

Quellen: Ruhr-Universität Bochum, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

IW-Report 19/2021

Matthias Diermeier, Judith Niehues, Ruth Maria Schüler:
Sorgen und Demokratiezufriedenheit – das Ruhrgebiet als Sonderfall?

iwkoeln.de/ruhrgebiet

Schweiz und Schweden machen es vor

Arbeitskräftepotenzial. Die Zahl der Erwerbspersonen wird in Deutschland in den kommenden Jahren demografiebedingt deutlich sinken. Umso wichtiger sind Überlegungen, wie sich das Arbeitsvolumen halten oder sogar steigern lässt. Orientieren könnte sich Deutschland dabei einer neuen IW-Studie zufolge an Ländern wie Schweden oder der Schweiz.

In den 2010er Jahren stiegen die Zahl der Beschäftigten und auch die Löhne in Deutschland fast kontinuierlich, was maßgeblich dazu beitrug, den Staatshaushalt zu konsolidieren. Doch seit Anfang 2020 ist dieser Trend gestoppt. Und selbst wenn die Corona-Krise in absehbarer Zeit überwunden sein wird, steht der Arbeitsmarkt vor der großen Herausforderung, den demografischen Wandel zu kompensieren:

Laut einer Schätzung des Statistischen Bundesamts wird die Zahl der 20- bis 64-Jährigen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, im Jahr 2030 bereits um vier Millionen unter dem Niveau von 2019 liegen.

Zwar dürften weiterhin Zuwanderer nach Deutschland kommen und die Erwerbsquoten hoch bleiben. Doch dies reicht nicht, um den entscheidenden negativen Effekt wettzumachen, dass die Generation der Babyboomer im Laufe dieses Jahrzehnts aus dem Arbeitsmarkt auszuscheiden beginnt.

Deutschland ist jedoch darauf angewiesen, ein hohes Arbeitsvolumen aufrechtzuerhalten – schon allein, um mit den Steuern und Sozialabgaben den coronabedingten Schuldenberg abzutragen und die Finanzierbarkeit der gesetzlichen

Rentenversicherung zu gewährleisten. Außerdem ist Arbeit nach wie vor der beste Schutz vor Altersarmut.

Doch wie lassen sich zusätzliche Arbeitskräftepotenziale heben, wenn ökonomischen Studien zufolge sowohl bei der Zuwanderung als auch bei der Arbeitsproduktivität in den kommenden Jahren keine großen Sprünge zu erwarten sind und der Spielraum, die Lebensarbeitszeit zu erhöhen, mit der Anhebung der

Regelaltersgrenze auf 67 Jahre vorerst ausgeschöpft ist?

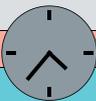
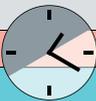
Als Ansatzpunkte bleiben in erster Linie, die Erwerbsbeteiligung der Bundesbürger weiter zu steigern und die Arbeitszeiten auszuweiten.

Was in dieser Hinsicht noch möglich ist, zeigt ein Blick ins Ausland – und zwar in die Schweiz und nach Schweden. Beide Volkswirt-

Fortsetzung

Arbeitszeiten: In Deutschland relativ kurz

Durchschnittliche Angaben für 15- bis 64-jährige Erwerbstätige im Jahr 2019 in Stunden

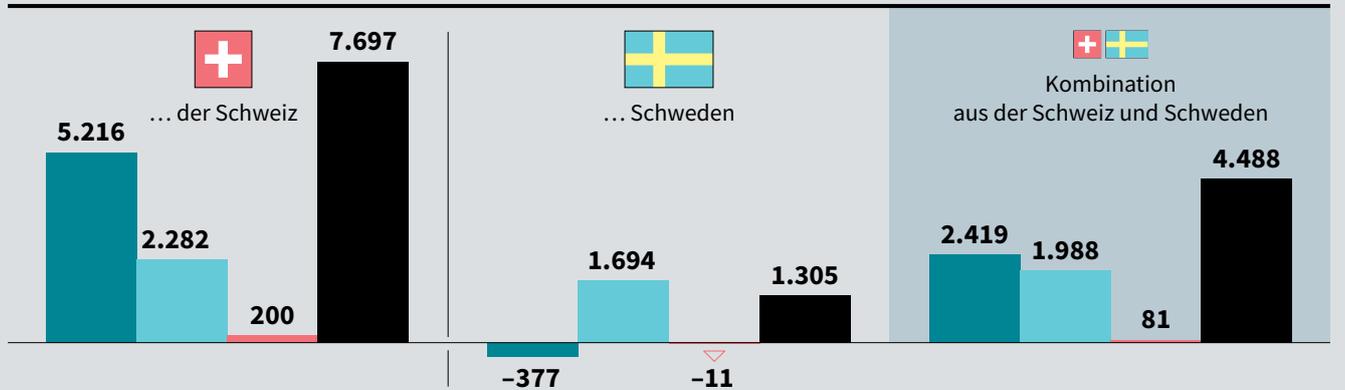
	 Deutschland	 Schweden	 Schweiz
 Jahresarbeitszeit	1.472	1.579	1.635
 Arbeitswochen	43,4	44,8	45,3
Wochenarbeitszeit insgesamt			
 Alle Erwerbstätigen	33,9	35,2	36,1
 Frauen	29,2	32,6	30,2
 Männer	38,1	37,7	41,3
Wochenarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten			
 Frauen	36,1	35,4	38,7
 Männer	40,2	39,5	43,3
Wochenarbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten			
 Frauen	16,7	17,5	19,1
 Männer	14,7	18,1	20,7

Quelle: Bick et al. (2019)
© 2021 IW Medien / iwd

Jahresarbeitszeit: Deutschlands mögliche Vorbilder

Um so viele Millionen Stunden könnte die jährliche Arbeitszeit der 20- bis 64-jährigen Erwerbstätigen ausgedehnt werden, wenn sich Deutschland an ... orientieren würde

- Anpassung Wochenarbeitszeit
- Anpassung Zahl der Arbeitswochen
- Wechselwirkung
- Insgesamt



Annahme: Anteil der Teilzeitbeschäftigten in Deutschland bleibt unverändert
Wechselwirkung: zum Beispiel dadurch, dass eine verlängerte Wochenarbeitszeit den Effekt zusätzlicher Arbeitswochen verstärkt

Quellen: Bick et al. (2019), Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

schaften haben – im Kern ähnlich wie Deutschland – ein erfolgreiches Wirtschaftsmodell mit hoher Integration der Bevölkerung in den Arbeitsmarkt sowie einen Staat, der das soziale Gefälle ausgleicht. Zudem ähnelt die industrieorientierte Wirtschaftsstruktur der Schweiz derjenigen der Bundesrepublik. Hinsichtlich der für das Arbeitskräftepotenzial relevanten Indikatoren sind beide Länder aber zum Teil deutlich besser aufgestellt als Deutschland. Der Vergleich im Detail:

- **Erwerbsbeteiligung.** Die Erwerbstätigenquote – der Anteil der erwerbstätigen 20- bis 64-Jährigen an allen Personen dieser Altersgruppe – ist in Deutschland seit Mitte der 2000er Jahre stark gestiegen: von weniger als 70 Prozent auf 80,6 Prozent im Jahr 2019. Doch auch in Schweden und der Schweiz hat die Erwerbsbeteiligung weiter zugenommen – und sie lag kontinuierlich über dem deutschen Niveau.

Im Schnitt der Jahre 2010 bis 2019 betrug die Erwerbstätigenquote in Deutschland rund 78 Prozent, in Schweden 80,5 und in der Schweiz sogar 81,5 Prozent.

Ließe sich die Erwerbstätigenquote in Deutschland um 2,5 Prozentpunkte erhöhen, sodass die Lücke zu den Vergleichsländern zumindest annähernd geschlossen werden könnte, würde dies die Zahl der Erwerbstätigen um rund 1,25 Millionen steigen lassen.

Gemessen an der derzeitigen Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen von im Schnitt 1.472 Stunden könnte durch die höhere Erwerbsbeteiligung ein zusätzliches Arbeitsvolumen von 1,83 Milliarden Stunden pro Jahr entstehen.

Das ist beachtlich, lag doch das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen im Jahr 2019 lediglich um zwei Milliarden Stunden über dem Niveau von 1991.

- **Jahresarbeitszeit.** In beiden Vergleichsländern arbeiten die Menschen im Schnitt deutlich länger als in Deutschland (Grafik Seite 13):

Die Zahl der Arbeitsstunden je Erwerbstätigen lag 2019 in Schweden mit 1.579 Stunden um 7 Prozent über dem deutschen Wert, in der Schweiz war die Jahresarbeitszeit sogar um 11 Prozent höher als in Deutschland.

Weil die Zahl der Feiertage und der betrieblich oder gesetzlich festgelegten Urlaubstage in beiden Ländern niedriger ist als hierzulande, fällt auch die Zahl der Arbeitswochen pro Jahr höher aus. Zudem verbringen vor allem die Erwerbstätigen in der Schweiz pro Woche mehr Zeit an ihrem Arbeitsplatz als die Bundesbürger – bei vollzeitbeschäftigten Männern zum Beispiel beträgt die Differenz mehr als drei Stunden.

Würde Deutschland hier entsprechend aufholen, ließe sich ein erheblich höheres Arbeitsvolumen mobilisieren (Grafik). Könnte Deutschland in Sachen Wochenarbeitszeit und Zahl der jährlichen Arbeitswochen zur Schweiz aufschließen, wären rund 7,7 Milliarden zusätzliche Arbeitsstunden pro Jahr möglich, bezogen auf Schweden wären es gut 1,3 Milliarden.

Der kombinierte Vergleich mit beiden Ländern zeigt, dass durch eine Angleichung der Jahresarbeitszeit das jährliche Arbeitsvolumen in Deutschland um fast 4,5 Milliarden Stunden steigen könnte.

Bei diesen Berechnungen wird angenommen, dass sich am Anteil

der Teilzeitbeschäftigten nichts ändert.

Doch auch beim Thema Teilzeit gibt es einen Ansatzpunkt, um das Arbeitsvolumen in Deutschland auszudehnen – und zwar losgelöst vom Vergleich mit dem Ausland. Denn auch wenn sich immer mehr Erwerbstätige in Deutschland für einen Teilzeitjob entscheiden, geschieht dies teilweise nicht aus freien Stücken. Vor allem Frauen werden oft durch die Betreuung von Kindern oder sonstige familiäre oder persönliche Verpflichtungen davon abgehalten, Vollzeit zu arbeiten. Doch selbst wenn man dies außen vor lässt, resultiert ein erhebliches Maß an unfreiwilliger Teilzeit daraus, dass die Betroffenen schlicht keine passende Vollzeitstelle finden. Im Jahr 2019 galt dies für mehr als 15 Prozent der männlichen und gut

8 Prozent der weiblichen Teilzeitbeschäftigten.

Ließe sich dieses Maß an unfreiwilliger Teilzeit beseitigen, würde sich das Arbeitsvolumen in Deutschland um 691 Millionen Stunden jährlich erhöhen.

Unterm Strich ergibt sich aus all diesen Effekten ein beachtliches Arbeitskräftepotenzial, wie die Modellrechnung des IW für das Jahr 2019 zeigt (Grafik):

Steigen die Erwerbstätigenquote und die Arbeitszeiten auf das jeweilige Niveau in der Schweiz und Schweden und wird das Problem der unfreiwilligen Teilzeit gelöst, könnte Deutschland ein um 7,23 Milliarden Stunden höheres Arbeitsvolumen erzielen.

Berechnet man ein entsprechendes Szenario für das Jahr 2030, erscheint ein Arbeitsvolumen

möglich, das um 2,17 Milliarden Stunden über dem Wert von 2019 liegt – trotz der gegenläufigen demografischen Effekte.

Um dieses höhere Arbeitsvolumen tatsächlich zu mobilisieren, sind allerdings viele gesetzgeberische Initiativen und Einsicht aufseiten der Tarifpartner gefragt. Denn die Ausweitung der Jahresarbeitszeit wäre verbunden mit mehr Arbeitsstunden pro Woche, weniger Feiertagen, aber auch weniger Urlaub. Durchzusetzen wären solche Reformen nur, wenn sich die zusätzliche Arbeit für die Beschäftigten lohnen würde – was zum Beispiel entsprechende Steueranreize erfordert.

Zu den weiteren Voraussetzungen, um das Arbeitskräftepotenzial besser auszuschöpfen, gehören unter anderem Qualifizierungsmaßnahmen, die die Fachkräftebasis stärken – etwa indem die deutschen Sprachkenntnisse von Zugewanderten verstärkt gefördert werden und damit die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtert wird. Außerdem braucht es mehr lebenslange Weiterbildungsangebote, damit zum Beispiel ältere Beschäftigte noch besser mit dem digitalen Wandel Schritt halten können. Durch einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur ließe sich vor allem die Erwerbstätigkeit von Frauen fördern.

Arbeitskräftepotenzial in Deutschland

in Milliarden Stunden



IW-Policy Paper 10/2021

Michael Hüther, Markos Jung,
Thomas Obst: Arbeitskräftepotenziale der deutschen Wirtschaft – Chancen für Wachstum und Konsolidierung
iwkoeln.de/arbeitskraeftepotenziale

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Florian Janssen, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH
E-Mail: iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche

Um **78,3** Prozent

ist die Zahl der Beratungsanfragen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Vor allem die Zahl der Anfragen zu Diskriminierungen aufgrund der ethnischen Herkunft beziehungsweise aus rassistischen Gründen nahm deutlich zu – von 1.176 auf 2.101. Außerdem gab es 1.904 Anfragen mit direktem Corona-Bezug, die meisten drehten sich um die Maskenpflicht. Insgesamt hat die Stelle im Jahr 2020 in 6.383 Fällen rechtliche Auskunft erteilt, Stellungnahmen eingeholt oder gütliche Einigungen herbeigeführt.

Top-Liste: Wie alt ist Europa?

Politiker und Ökonomen thematisieren immer wieder Probleme, die eine alternde Bevölkerung mit sich bringt. Und dabei geht es keineswegs um die ferne Zukunft: Schon heute sind die Deutschen im europäischen Vergleich überdurchschnittlich alt – im Mittel fast 46 Jahre. Von den fünf Regionen Europas, die das höchste Medianalter aufweisen, sind vier in (Ost-)Deutschland zu finden – mit Chemnitz an der Spitze. Dort liegt das mittlere Alter bei 52 Jahren. In und um die britische Hauptstadt London leben dagegen besonders viele junge Leute – und das Medianalter beträgt teils nicht einmal 35 Jahre. Insgesamt ist die Bevölkerung in den Wirtschaftsmetropolen Europas meist relativ jung, während in den strukturschwachen Regionen überwiegend Ältere leben.

Neu

Neu auf [iwd.de](https://www.iwd.de):



Sachsen-Anhalt hat die Wahl

Am 6. Juni wählen 1,8 Millionen Wahlberechtigte das Landesparlament in Magdeburg neu. Vor fünf Jahren bildeten CDU, SPD und Bündnis 90/ Die Grünen die erste sogenannte Kenia-Koalition, nachdem ein hoher Stimmenanteil an die AfD gegangen war. Bis heute liegt das ostdeutsche Bundesland beim Bruttoinlandsprodukt, bei der Arbeitslosenquote und anderen wirtschaftlichen Kennzahlen deutlich zurück, teilweise wächst der Abstand zum bundesweiten Durchschnitt sogar, statt sich zu reduzieren. Hinzu kommen erhebliche demografische Herausforderungen. Mehr Details zur Lage vor Ort finden Sie auf [iwd.de](https://www.iwd.de).

Alt, älter, Deutschland

Die europäischen Regionen mit dem ... Medianalter der Bevölkerung im Jahr 2020

... höchsten

Chemnitz (Deutschland)	52,0
Liguria (Italien)	51,4
Sachsen-Anhalt (Deutschland)	51,2
Brandenburg (Deutschland)	50,5
Mecklenburg-Vorpommern (Deutschland)	50,5

... niedrigsten

Outer London – East and North East (UK)	35,8
West Midlands (UK)	35,6
Inner London – West (UK)	35,3
Melilla (Spanien)	34,4
Inner London – East (UK)	33,1

Medianalter: Eine Hälfte der Bevölkerung ist jünger, die andere Hälfte älter
 UK: Vereinigtes Königreich, Angaben für 2019
 Europäische Regionen: EU-27 sowie Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz und Vereinigtes Königreich

Quelle: Eurostat
 © 2021 IW Medien / iwd

iwd